

Angelika Volle und Werner Weidenfeld (Hrsg.)

FRIEDEN IM NAHEN OSTEN?

Chancen, Gefahren, Perspektiven

Beiträge und Dokumente aus
Europa-Archiv und Internationale Politik

Redaktion: Uta Kuhlmann-Awad

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH BONN
1997

Urheberrechte: Die hier veröffentlichten Beiträge und anderen Texte sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil des Bandes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Weg bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gemäß § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, von der die Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven;
Beiträge und Dokumente aus Europa-Archiv, Internationale Politik /
hrsg. von Angelika Volle und Werner Weidenfeld. –
Bonn: Verlag für Internationale Politik, 1997
ISBN 3-921011-04-3

© 1997 Verlag für Internationale Politik GmbH, Bonn
Satz: Redaktion Internationale Politik, Bonn
Titelbild: dpa, Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt
Umschlagentwurf: Atelier Frings, Bonn
Belichtung: Foto-Satz-Studio F. Röhrig GmbH, Duisburg
Herstellung: WAZ-Druck, Duisburg

ISBN: 3-921011-04-3

Zwischen Hoffnung und Tragik

Perspektiven für den Nahost-Friedensprozeß

von Ghassan Salamé

Bei Betrachtung des Machtgleichgewichts zwischen Israel und den Palästinensern stößt man auf eine immer wiederkehrende Frage: Wie kommt es, daß Israel mit seiner überwältigenden diplomatischen, militärischen, technologischen und wirtschaftlichen Macht den Palästinensern noch keine von Israel entwickelte Vereinbarung aufgezwungen hat? In der Tat ist Israel zur Zeit mächtiger als je zuvor. Hunderttausende russischer Juden haben eine gefährliche demographische Entwicklung gerade noch rechtzeitig wieder ins Gleichgewicht gebracht; wirtschaftlich gesehen gehört Israel mit einem Europa ähnlichen durchschnittlichen Bruttosozialprodukt, mit jährlichen Exporten im Wert von 14 Milliarden Dollar, einer fortschrittenen Technologie und einem international verzweigten finanziellen Netzwerk weitgehend zur „Ersten Welt“. Militärisch stellt Israel mit einer der besten Luftstreitkräfte der Welt und erstklassiger Ausrüstung in nahezu allen militärischen Bereichen (dazu noch ungefähr 200 Nuklearsprengköpfe) im gesamten Nahen Osten eine Klasse für sich dar.

Angesichts einer solch vielschichtigen Machtstruktur und der fast verzweifelten Situation der Palästinenser

und darüber hinaus eines Großteils der arabischen Welt, ist es ein Wunder, daß sich diese höchst ungleiche Machtverteilung noch nicht in irgendeiner Art von „Vereinbarung“ niedergeschlagen hat. Eine einfache, in Israel jedoch nicht populäre Antwort darauf lautet, daß sich Israel, so der Titel eines Buches, „in der Gefahr des Friedens“ befindet: Israel habe seinen Gegnern offensichtlich nur deshalb noch keine Vereinbarung aufgezwungen, weil es nicht wirklich nach einer solchen strebe. Frieden würde die innenpolitische Integration in Israel ebenso gefährden wie die Sympathie, die es in der Welt als „das verwundbare Land der Holocaust-Überlebenden“ oder „einzige Demokratie in einem Meer autoritärer Staaten“ genießt. Diesem – vor allem seit der Wahl Benjamin *Netanjahus* im Mai 1996 auf arabischer Seite recht populärem – Gedanken zufolge ist die öffentliche Meinung in Israel noch nicht einmal bereit zu jenen sehr begrenzten Zugeständnissen, die eine von Israel entwickelte Vereinbarung wie eine ausgehandelte, gerechte – und deshalb dauerhafte – Lösung aussehen ließen.

Das Paradox liegt in der Tat darin, daß die Israelis eine Verhandlungslinie ablehnen, die von den meisten Arabern als vorteilhaft vor allem für Israel angesehen wurde. Selbst mit einem unabhängigen palästinensischen Staat in den gesamten 1967

Professor Ghassan Salamé,
Institut d'Etudes Politiques, Paris.

besetzten Gebieten hätte Israel etwa 70 Prozent des palästinensischen Mandatsgebiets behalten; gar nicht zu reden von den strikten Einschränkungen palästinensischer Souveränität, zu denen sich die Verhandlungsführer auf palästinensischer Seite im Gegenzug für Israels Zustimmung zu einer äußerst begrenzten Form von Staatlichkeit bereitfanden. Daher herrscht echte Ungläubigkeit in vielen arabischen Hauptstädten vor: Weshalb lehnen die Israelis einen „Frieden“ ab, den sie ihren Nachbarn aufzwingen wollten?

Tatsächlich wurde die Wahl *Netanjahus* als Rücknahme eines israelischen Angebots verstanden, eines Angebots, auf das sich die meisten Palästinenser und Araber angesichts des Machtungleichgewichts langsam, wenn auch ungerne, als das geringste von vielen Übeln eingelassen haben. Gegen den Wunsch friedensorientierter Palästinenser und Araber und zur offenen Freude ihrer arabischen und iranischen Gegner kam *Netanjahu* mit einem Programm und – bedeutender noch – einer Mehrheit in der Knesset an die Macht, die die Aushandlung einer dauerhaften Lösung zu einer reinen Utopie verkommen ließen und die Umsetzung der Oslo-Abkommen zu einer unmöglichen Aufgabe machten.

Eiternde Wunden

Wie sieht nun die Zukunft aus? Kurzfristig wird sie geprägt sein vom „Normalmaß“ an Gewalt, Verurteilungen, Vermittlungen usw. Wer-

den diese Windungen zwischen Hoffnung und Tragik, zwischen Versprechungen und Lügen das Bild der Region beeinflussen? Mit Sicherheit ja, allerdings nicht so stark, wie dies einige erwarten. Der unabänderliche Ethnozentrismus in Israel, gepaart mit der großspurigen Ideologie der Araber, will uns einreden, der arabisch-israelische Konflikt präge ein einseitiges Bild des gesamten Nahen Ostens. Zu einem Großteil war dies der Fall, jedoch verringern sich seine Auswirkungen mit zunehmender Distanz, Überdrüssigkeit oder Beschäftigung mit anderen, drängenderen Fragen. Die meisten arabischen Armeen haben nie auf diesem Schlachtfeld gekämpft, die meisten arabischen Regierungen äußern sich nur gebetsmühenhaft und zeremoniell dazu.

Eine Lösung des Palästina-Konflikts würde in der Tat dazu beitragen, naheliegendere politische Fragen in den Vordergrund zu rücken. Sie würde auch dazu beitragen, den recht hohen Militäretats oder der Kontrolle der Militärs über die Politik ihre Grundlagen zu entziehen. Im Maghreb oder auf der arabischen Halbinsel, wo Demokratisierungsprozesse oder wirtschaftliche Liberalisierungsprogramme nur entfernt mit den Höhen und Tiefen des arabisch-israelischen Friedensprozesses zu tun haben, ist dieser mögliche Effekt jedoch eher begrenzt. Im Gegensatz dazu ist die Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts allerdings unabdingbar zur Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Levante – vor allem für die Palästinenser, aber auch für ihre direkten

Nachbarn in Jordanien, Syrien und Libanon.

In Jordanien hängen sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Konsolidierung der seit 1989 von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Demokratisierung in großem Ausmaß von der Lösung der Palästina-Frage ab. Die Bewohner Ost-Jordanien fürchten noch immer Versuche der Israelis, Jordanien durch die Vertreibung von Flüchtlingen und mittels anderer Mechanismen in „den palästinensischen Staat“ umzuwandeln. Der Jordan ist weit davon entfernt, ein unüberbrückbarer Graben zwischen seinen beiden Ufern zu sein: Würde der Konflikt nicht entlang geographischer Linien beigelegt, die für eine Mehrheit der Palästinenser akzeptabel sind, wäre dies das Rezept für weitere Unruhen in Jordanien und möglicherweise für Rückschritte bei der Demokratisierung in diesem verwundbaren Land.

Die Flüchtlingsfrage bleibt nahezu überall eine eiternde Wunde und hat auf Jordanien, wo jordanische Bürger mit palästinensischer Abstammung mindestens die Hälfte der Bevölkerung stellen, ganz besondere Auswirkungen. Die Vereinbarungen von Oslo ließen diese besonders sensible Frage zur großen Bestürzung vieler Palästinenser weitgehend unbeantwortet. Ihre erfolgreiche Behandlung würde jedoch sehr erleichtert durch das Entstehen eines souveränen staatlichen palästinensischen Gebildes, das mit legitimer Stimme für die Palästinenser sprechen und ihre Zukunft in Palästina oder anderswo in der Welt verhandeln könnte.

Von gleicher Bedeutung ist die Reaktivierung der syrischen und der libanesischen Verhandlungsschiene. An diesen beiden Fronten hat sich nahezu nichts bewegt, was auch die Weigerung der Führungen in Damaskus und Beirut erklärt, an den multilateralen Gesprächen mit Israel über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, Flüchtlinge, Rüstungskontrolle, Wasser und andere regionale Themen teilzunehmen. Syrien ist weitgehend immun gegen wirtschaftliche „Zuckerstückchen“, in deren Genuß es durch den Friedensprozeß käme, und macht sich lustig über die magere Ausbeute, die Jordanien nach der Unterzeichnung seines Friedensvertrags mit Israel erhielt. Syrien erachtet die Rückgabe der von Israel besetzten Golan-Höhen als Vorbedingung für eine Bewegung in einer der genannten Fragen und für die Zustimmung zu hochrangigen Begegnungen zwischen beiden Ländern.

Eine Chance zur Beilegung des israelisch-syrischen Streits mag 1995 vertan worden sein, und es ist unwahrscheinlich, daß sich die gegenwärtige israelische Regierung hier bewegt. Etwa 15 Prozent des libanesischen Territoriums sind seit 1978 von Israel besetzt, was die Anstrengungen der libanesischen Regierung zum Wiederaufbau des in 17 Jahren Bürgerkrieg zerstörten Landes, der vor allem durch die Nichtbeilegung des arabisch-israelischen Konflikts ausgelöst wurde (neben anderen eher innenpolitischen Faktoren), erheblich erschwert. Die libanesischen Regierung ist nicht in der Position, jene zu entwaffnen, die sich vorgenommen

haben, gegen die israelische Besatzung ihrer Dörfer und Städte zu kämpfen oder den Rückzug der syrischen Truppen zu verlangen, die so lange in Libanon stationiert bleiben, wie der südliche Teil des Landes von israelischen Truppen besetzt ist.

Sieg der Gerechtigkeit?

Mittel- und langfristig, so denken die meisten Araber, ist die Zeit auf ihrer Seite und wird sich das Sprichwort bewahrheiten: „Am Ende kann nur die Gerechtigkeit siegen“. In der Tat haben die Araber eine irritierende Fähigkeit bewiesen, Niederlagen und Demütigungen hinzunehmen. Aus ihrer Schwäche leitet sich gleichzeitig ihre Stärke ab: eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber kurzen Zeiträumen und der tiefe Glaube, daß irgendwie, irgendwann ihre Ansicht über das, was ein gerechter und dauerhafter Frieden ist, obsiegen wird.

Abgesehen von dieser auf Jahrtausende ausgerichteten Erwartung – welche Möglichkeiten ergeben sich aus dem gegenwärtigen Zustand des Friedensprozesses? Angesichts des Programms der Likud-Regierung, der Neigungen *Netanjahus* und dem bestehenden Kräftegleichgewicht sind die Chancen für eine von der gegenwärtigen israelischen Regierung mit den Palästinensern erzielte endgültige Beilegung des Konflikts äußerst gering. Der Versuch einer Lösung, die auf einer Reihe palästinensischer „Bantustans“ beruhen würde (mit einigen Anlehnungen an den alten „Allon-Plan“ einer vornehmlich kom-

munalen Autorität über zwei oder drei palästinensische Enklaven, die etwa 40 Prozent des palästinensischen Territoriums ausmachen), liegt auf dem Tisch. Zu sagen, ein solcher Ausgang wäre für die Palästinenser inakzeptabel, wäre eine Untertreibung, selbst wenn er mit wirtschaftlichen Morgengaben und dem Versprechen von Arbeitsplätzen in Israel „versüßt“ würde. Es läßt sich leicht spekulieren, daß allein die Erwähnung einer solchen „Lösung“ die Unzufriedenheit der Palästinenser und wahrscheinlich erneute Gewaltausbrüche gegen die Besatzung beschleunigen würde.

Ein radikalerer Versuch, der seit dem Ende des Kalten Krieges vielerorts mit Erfolg umgesetzt worden ist, sind „ethnische Säuberungen“. In der Levante entspricht „ethnische Säuberungen“ dem, was auch „Transfer“ genannt wird, d.h. die erneute Vertreibung palästinensischer Flüchtlinge aus dem Mandatsgebiet Palästina. Viele Anhänger der gegenwärtigen Mehrheit in Israel werden eine solche Möglichkeit nicht gänzlich von der Hand weisen wollen, während die Araber der Auffassung sind, daß diese Politik in Ost-Jerusalem unter anderem Namen bereits umgesetzt wird. In der Tat hat Israel eine Reihe gesetzlicher und politischer Maßnahmen eingeleitet, um den Zugang der Palästinenser zu ihrer Heimat zu begrenzen, was in der Praxis durch Deportationen oder die Verweigerung von Ein- bzw. Rückreisen eine Art „stille ethnische Säuberung“ darstellt.

Eine konstruktiverer Vorschlag wäre es, an ein Mandatsgebiet Palästina zu denken, das zwar vereint bleibt,

aber in einen binationalen Staat umgewandelt wird. Diese Idee beruht ebenso auf einer weitreichenden gegenseitigen Durchdringung der Bevölkerungen wie auf rationalen und wirtschaftlichen Überlegungen. Die Vorbedingung wäre sowohl eine teilweise „Entjudaisierung“ Palästinas als auch die Aufgabe des palästinensischen Beharrens auf einem eigenen Staat, um zwei Völkern eine Heimat zu geben, die die Regierung, das Territorium und die Rohstoffe des Landes gemäß eigenständigen Regeln als ein geeintes politisches Gebilde miteinander teilen. Diese Idee wird zuweilen sowohl von israelischen als auch palästinensischen Persönlichkeiten direkt vorgebracht. Es wird schwer sein, die Palästinenser von dieser Idee zu überzeugen (obwohl sie mehr oder weniger ihrer eigenen Vorstellung entsprach, als sie vor einem Vierteljahrhundert davon sprachen, für ein Palästina zu kämpfen, „in dem Juden, Moslems und Christen miteinander in Frieden leben“). Es wird noch sehr viel schwieriger sein, diese Idee in Israel zu verkaufen, wo das Schlagwort von „einem Land für die Juden“ fest verwurzelt ist. Die Zeit könnte dennoch zeigen, daß diese am unwahrscheinlichsten erscheinende Lösung möglicherweise die dauerhafteste und gerechteste ist.

Die Vorstellung von zwei benachbarten, mehr oder weniger souveränen und miteinander verbundenen Staaten ist eine Lösung, die zumindest bis zur Ermordung Yitzhak Rabins als recht wahrscheinlich erschien. Eine territoriale Demarkation ist sicher nicht einfach: einige Gebiete im West-

jordanland sind inzwischen mehr jüdisch als arabisch, und einige Gebiete Nordgaliläas in Israel sind inzwischen mehr arabisch als jüdisch. Es gibt andere komplexe Fragen, etwa die Verbindung zwischen dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland, oder zwischen den beiden Ufern des Jordan. Noch immer wird dieses als die erreichbarste aller akzeptablen Lösungen erachtet; sie war, davon abgesehen, das am häufigsten genannte Verhandlungsergebnis vor der Wahl *Netanjahus* und wird in dem 1997 angenommenen Wahlprogramm der Arbeitspartei als reale Möglichkeit erwähnt. In gewisser Weise nimmt diese Lösung sowohl den israelischen Wunsch nach einer „Trennung“ zwischen den beiden Gemeinschaften auf, als auch das palästinensische Beharren auf einem souveränen staatlichen Gebilde.

Einschnitt oder Krise?

Da eine endgültige Lösung zwischen den Palästinensern (oder Syrern) und Israelis unter der gegenwärtigen Regierung in Israel sehr unwahrscheinlich ist, stellt die Einschätzung der negativen Auswirkungen der gegenwärtigen israelischen Politik auf den Friedensprozeß die wirklich wichtige Frage dar. Ist die momentane Lage lediglich ein Einschnitt, nach dem der Friedensprozeß weitergehen kann, oder ist sie eine tiefe Krise, die das gefährdet, was bislang erreicht worden ist? Genauer: Wie sieht die Zukunft der provisorischen Schöpfung von Oslo aus, der Palästinensi-

schen Autonomiebehörde? Oft scheint es, als ob die Likud-Partei auf eine Schwächung oder den Zusammenbruch dieser Behörde hinarbeitet. Dies wäre eine Genugtuung für alle, die gegen den Friedensprozeß und/oder Yasser Arafat sind, und würde es *Netanjahu* ermöglichen, die Abkommen von Oslo unter (nach seiner Auffassung) besseren Bedingungen für Israel neu zu verhandeln. Viele Israelis jedoch, darunter auch Likud-Anhänger, räumen ein, daß die Palästinensische Autonomiebehörde für Israel ebenso notwendig geworden ist wie für die Palästinenser. Andere verweisen darauf, daß ein erneuter Aufstand der Palästinenser für Israel erheblich vernichtender wäre als der erste, besonders wenn die Autonomiebehörde sich als unfähig oder unwillig erweisen würde, ihn angesichts der israelischen Kompromißlosigkeit einzudämmen.

Krieg kann als ein Weg erachtet werden, eines der obengenannten Szenarien zu beschleunigen oder eine dieser Optionen leichter durchführbar zu machen. Seit den israelischen Wahlen von 1996 wird häufiger vom Krieg gesprochen, mag es nun eine neue „Intifada“ sein oder ein regionaler Krieg, in dem sich vor allem Israel und Syrien gegenüberständen. Obwohl der Konflikt gemeinhin als „arabisch-israelisch“ bezeichnet wird, ist er seiner Natur nach grundsätzlich palästinensisch. Damit soll der Frieden mit Ägypten und Jordanien oder die Notwendigkeit eines Friedens mit Syrien und Libanon keineswegs herabgewürdigt werden, tatsächlich aber ist die israelische Armee so stark, daß arabischen Regierungen in den ver-

gangenen 25 Jahren eine klassische militärische Option versagt blieb. Was 1967 und 1973 eine militärische Übermacht Israels war, ist heute eine klare strategische Überlegenheit. Diesen scheint sich die arabische Seite deutlich bewußt zu sein; ihre Strategie hat sich mehr auf politische Nadelstiche konzentriert als auf den Willen, dem israelischen Militär auf dem Schlachtfeld entgegenzutreten oder es gar vernichten zu wollen.

Seit 1973 ist die Zeit für einen arabisch-israelischen Krieg wohl vorbei: Die regulären arabischen Armeen können ihn nicht riskieren, und Israel neigt nicht dazu, seit der territoriale Status quo klar zu seinen Gunsten ausfällt. Jene, die ein Interesse daran haben, gegen diesen Status quo, sprich die Besatzung, anzukämpfen, sind unfähig dazu. Jene, die einen Nutzen aus ihm ziehen, haben kein Interesse daran. Diese Gleichung galt in den vergangenen 25 Jahren und wird sich wohl in absehbarer Zeit nicht ändern.

Aktivposten der Palästinenser

Die Unwahrscheinlichkeit großer, klassischer regionaler Kriege führt zurück ins Zentrum des Geschehens, zu den Palästinensern. Was also sind die Aktivposten der Palästinenser in ihrem (meiner Meinung nach absolut gerechtfertigten) Kampf um Selbstbestimmung? Zunächst einmal die arabische Minderheit im israelischen Kernland. Alle Indikatoren deuten auf ihre wachsende Politisierung hin und ihre zunehmend be-

stimmende Stellung im politischen System Israels. Es trifft zu, daß ihr zunehmendes Gewicht in gewisser Weise durch die Ankunft von Hunderttausenden Juden aus der früheren Sowjetunion ausgeglichen wurde. Kommen jedoch keine neuen Einwanderer hinzu, wird die arabische Minderheit in den nächsten Jahren ein Fünftel bis ein Viertel der israelischen Wählerschaft darstellen.

Der zweite Aktivposten könnte lauten: „bloße Anwesenheit“. Etwa 3,5 Millionen Palästinenser leben heute im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina. Gäbe es nicht die sowjetischen Juden, wären die beiden Gemeinschaften im Jahr 2020 zahlenmäßig wahrscheinlich gleich stark gewesen. Ohne neue Einwanderer wird dies im Jahr 2030 oder 2035 der Fall sein. Für Israel gibt es ein grundsätzliches Dilemma: Solange es Israel gibt, wird es auch den palästinensischen Nationalismus geben, der eine gleiche Behandlung durch die internationale Gemeinschaft fordert und dafür kämpft.

Ein weiteres Pfand in der Hinterhand ist die Wirkung auf das internationale Image Israels. Es wird für Israel sehr schwer werden, seine hohe moralische Stellung in der Welt zu behaupten, solange die geringsten nationalen Hoffnungen der Palästinenser nicht erfüllt werden. Was auch immer Israelis sagen mögen, dieses moralische Image ist ein wichtiger diplomatischer Aktivposten. Ohne einen unabhängigen palästinensischen oder wahrhaft egalitären binationalen Staat wird es für Israel sehr schwer werden, die Palästinenser zufriedenzustellen und sein Bild bei seinen vie-

len Unterstützern in der Welt fleckenlos zu halten.

Und dann ist da die gesamte arabisch-muslimische Welt. Obwohl es einer Utopie gleichkäme, den Konflikt um Palästina als einen arabisch-israelischen anzusehen, um nicht zu sagen: als einen Konflikt zwischen Israel und der gesamten muslimischen Welt, wird Israel angesichts der äußerst begrenzten Verwicklung nichtangrenzender Staaten in den tatsächlichen Konflikt stets auf das zustimmende Nicken der Palästinenser angewiesen sein, um von Arabern oder Muslims akzeptiert zu werden. Sind die Palästinenser nicht eindeutig zufrieden mit dem Resultat, wird sich Israel kaum als ein legitimer Staat verkaufen können. Legitimität ist ein Aktivposten, und zwischen 1993 und 1995 hat Israel einige erfolgreiche Schritte in diese Richtung getan. Der palästinensische Staat ist in der Tat das fehlende Glied in jener Art von Westfälischem Frieden, den Israel ermutigen sollte, um Teil eines friedlichen Nahen Ostens zu werden. Seine Entstehung hinauszuzögern heißt, die Eingliederung Israels in ein gefestigtes Netzwerk eigenständiger Gebilde hinauszuzögern, die aus den beiden Weltkriegen hervorgegangen sind.

Zwangslage der USA

Israels wichtigster Ansatz unter der Arbeiterpartei-Regierung war es, seine Anerkennung durch die arabischen Staaten im Gegenzug für die Anerkennung arabischer Regime durch Israel einzuhandeln. Die Anerkennung Israels kann sich für die Ara-

ber positiv auswirken; die Anerkennung von Präsident Anwar *as-Sadat*, König *Hussein* und Palästinenserführer *Arafat* als Repräsentanten ihrer Völker, die der Unterstützung der USA und anderer Staaten würdig sind, ist für Israel ein Aktivposten. Arabische Regierungen sind sich sehr wohl darüber im klaren, daß ein Frieden mit Israel ihnen angesichts des israelischen Einflusses auf westliche Regierungen und internationale Medien zu einem besseren internationalen Image, mehr ausländischer Hilfe und Investitionen verhelfen kann. Ägypten etwa zog großen Nutzen aus seinem Friedensvertrag mit Israel, obwohl dieser Frieden ein wichtiger Grund für die Entstehung eines aktiven Islamismus in Ägypten und damit auch für *Sadats* Ermordung war. Die Dinge liegen jedoch nicht so einfach wie zu der Zeit, als der Frieden zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet wurde: Sowohl Palästinenser als auch Jordanier sind enttäuscht von den mageren Dividenden, die ihnen seit 1993 erwachsen. Ein besseres Image beim amerikanischen Kongreß und ausländische Hilfe sind nicht unbedingt wichtiger als ein akzeptabler Frieden; daher auch Syriens Zurückhaltung und Gleichgültigkeit gegenüber solchen „Zuckerstückchen“.

Dies trifft vor allem zu, weil Israels Zögern Washington in eine Zwangslage bringt. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem schnellen Abschluß des Golf-Krieges versuchte Washington, den Nahen Osten an zwei Hauptlinien entlang neu zu ordnen: Frieden in der Levante und Abschreckung am Golf. Daß der Friedensprozeß fünf

Tage nach dem Waffenstillstand mit Irak in Gang gesetzt wurde, ist kein Zufall: die Errichtung eines amerikanisch inspirierten und amerikanisch kontrollierten Sicherheitssystems am Golf (einschließlich der doppelten Eindämmung von Iran und Irak) ist eng verknüpft mit der Fähigkeit Washingtons, einen akzeptablen Frieden zwischen Arabern und Israelis herbeizuführen. Das ist der Geist des Geschäfts, das die Vereinigten Staaten im Gefolge der Kuwait-Krise mit den arabischen Regierungen eingingen (besonders Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien).

Die Sackgasse in den Verhandlungen zwischen Israel und den Arabern jedoch bedroht die amerikanische Ordnung am Golf. Sowohl Irak als auch Iran wirken seit der Wahl *Netanjahus* erheblich respektabler, wobei dieser, mehr noch als *Saddam Hussein* oder die Ayatollahs, als „der bei weitem gefährlichste Mann in der Region“ angesehen wird. Irak erscheint als ungebührlich streng für seinen Angriff auf Kuwait bestraft, die Opposition gegen die Einmischung Iraks in der Levante ist gedämpft: Wer würde schon eine zusätzliche Hilfe im Widerstand gegen den Expansionismus Israels ablehnen? Die antiamerikanischen Gefühle am Golf nehmen zu; genährt werden sie vor allem durch Washingtons Unfähigkeit, einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen den Arabern und Israel herbeizuführen und durch das, was allgemein als eine beispiellose amerikanische Voreingenommenheit gegenüber Israel gewertet wird.

Der Beitrag ist erschienen in: Internationale Politik, 8/1997, S. 33–40.